

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

23.4.1932 (No. 95)

Expedition: Karlsruher Zeitung Nr. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsantheil: C. K. M. u. B., Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigenpreis: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellungen tariflicher Rabatt, der als Passentrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verantwortlichkeit zu irgendeiner Vergütung übernommen. Abschließung der Zeitung kann nur je 14 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Sterblichkeit in Baden im Jahre 1931

(Mitgeteilt vom Badischen Statistischen Landesamt)

Die Sterblichkeit hat in Baden seit 1920 fast ständig abgenommen. Nur in vier Jahren — 1922, 23, 27 und 29 — zeigt sich ein, meist nur schwaches Ansteigen der Sterblichkeitskurve. Auffallend stark war dieses Ansteigen nur im Jahre 1929, das eine Zunahme der Sterbefälle um 2105, d. h. 7,3 Proz., zu verzeichnen hat. Auch das Jahr 1931 bringt nach den neuesten Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamtes ein im Vergleich zu 1929 geringes Anwachsen der Sterblichkeit; sie ist von 28 064 im Jahre 1930 auf 28 466, d. h. 1,4 Proz., gestiegen. Diese Zunahme wird allein bedingt durch die Todesfälle von Erwachsenen. Wie schon in einem anderen, bereits veröffentlichten Aufsatz des Badischen Statistischen Landesamtes über die Geburten in Baden mitgeteilt wurde, ist die Zahl der Lebendgeborenen von 1930 auf 1931 um 1,5 gesunken. Aber auch die Zahl der im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder ist von 3084 im Jahre 1930 auf 2705 im Jahre 1931 zurückgegangen. Das sind 879 oder 12,3 Proz. weniger. Mit dieser Zahl 2705, d. h. 6,8 auf 100 Lebendgeborene, hat die Kindersterblichkeit in Baden den seit Menschengedenken niedrigsten Stand erreicht. Veztrag sie doch — um nur ein Beispiel anzuführen — im Jahre 1871 bei einer Zahl von 52 654 Lebendgeborenen noch 16 489 oder 31,3 Proz.

Erfreulich ist ferner, daß die Todesfälle an Lungentuberkulose zurückgegangen sind. Sie sind von 1614 im Jahre 1930 auf 1571 im Jahre 1931 gefallen. Das ist ein Rückgang von 2,7 Proz. Im Jahre 1919 hat diese Krankheit — bei einer gegen 1931 niedrigeren Bevölkerungszahl — noch 4132 Opfer gefordert, das waren, auf je 10 000 der mittleren Bevölkerung berechnet, 18,6 Proz. Im Jahre 1931 sind es, auf dieselbe Zahl berechnet, nur noch 6,6 Proz. Auch die Zahl der an sonstigen Formen der Tuberkulose Gestorbenen ist ebenfalls zurückgegangen, und zwar auf 364 gegen 398 im Vorjahre. Das bedeutet eine Abnahme von 8,5 Proz.; auf 10 000 der mittleren Bevölkerung berechnet sind es 1,5 Proz.

Ein wesentlich anderes Bild zeigen die statistischen Feststellungen über die Krebssterblichkeit. Wie schon in der vom Badischen Statistischen Landesamt Ende 1931 herausgegebenen „50 Jahre Krebssterblichkeit in Baden“ näher dargelegt wurde, fordert die Krebskrankheit alljährlich in steigendem Maße mehr Opfer als die Lungentuberkulose. Auch im Jahre 1931 sind in Baden mehr als doppelt so viele Sterbefälle an Krebs zu verzeichnen als an Lungentuberkulose. Die Zahl der an Krebs und bösartigen Neubildungen Gestorbenen ist von 3350 des Vorjahres auf 3479 gestiegen. Das ist eine Zunahme von 3,8 Proz.; auf 10 000 der mittleren Bevölkerung entfallen 14,8 an Krebs gestorbene Personen. Im Zeitraum von 1920 bis 1929 kamen noch auf 10 000 Lebende in Baden 12,3 Krebssterbefälle.

### Die Hilfsfähigkeit der Badischen Notgemeinschaft

Aktion für die Hungerbetroffenen — Kinder in Not

Zunächst war der im vergangenen Späthjahr erfolgte Zusammenstoß aller badischen Wohlfahrtsverbände — sowohl der konfessionellen, als auch der paritätischen — eine fürsorgliche Maßnahme. Man wollte im Rahmen der größeren Volksgemeinschaft und im gemeinsamen Willen und Zusammenarbeiten versuchen, die allerschlimmste Not im Lande zu lindern. Man übernahm damit gerne und freiwillig eine Fülle von Aufgaben, die man mit Hilfe und in der Zusammenarbeit mit den in 280 Gemeinden Badens gebildeten Notgemeinschaften zu lösen versuchte.

Die Wirtschaftsnot des vergangenen Winters brachte viele badische Dörfergemeinden in eine harte Zwangslage. Viele ihrer Bewohner, in den lutzarbeitslosen Industrieregionen der nahen Städte arbeitslos geworden, kamen in eine drückende Notlage. Vielfach vergrößert wurde diese Not durch eine mancherorts mihätrane Kartoffelernte, und so wurden manche Dörfer wirkliche Hungerbetroffene.

Es kam die Zeit, wo tagtäglich Hilferufe aus solchen Dörfergemeinden bei den Behörden und bei der Landesgeschäftsstelle der Badischen Notgemeinschaft eingingen. Es wurde unverzüglich eine „Landesammlung für Brotlose“ eingerichtet, deren Sammlungsresultat demnächst abgeschlossen werden kann. In rascher Hilfe konnten aus diesem Ergebnis 21 Gemeinden mit zusammen 4200 Kilogramm Mehl, 5250 Kilogramm Hülsenfrüchte und 2100 Kilogramm Grieß versorgt werden. Die bürgerliche Bevölkerung des badischen Frankenlandes sammelte für die 17 Notgemeinden des Murgtales circa 1200 Zentner Lebensmittel, das Bodenseegebiet spendete circa 800 Zentner, die in 4 besonders harte bedrängten Gemeinden des Schwarzwaldes verteilt werden konnten. Ries und Danauerland spendeten 150 Zentner Lebensmittel für Gemeinden der Gardt, Augenblicklich sammelt der Kraichgau für Notbetroffene des Mannheimer und Heibelsberger Gebietes.

### Letzte Nachrichten

#### Die Genfer Besprechungen

##### Tardieu über seine Unterredung mit Dr. Brüning

W.B. Paris, 23. April. (Tel.) Über die geistige Unterredung zwischen Reichskanzler Dr. Brüning und dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu berichtet der „Petit Parisien“ aus Genf, Tardieu habe nach der Unterredung erklärt, Brüning und er hätten keinen Besprechungsgegenstand ausgelassen. Er, Tardieu, habe noch niemals Gelegenheit gehabt, mit Reichskanzler Brüning und Staatssekretär v. Bülow sich so eingehend auszusprechen. Tardieu habe aber die Ideen, die bei diesem Meinungsaustrausch zum Ausdruck gekommen seien, und den Gesamtindruck, der sich ergeben habe, für sich behalten.

Das Blatt berichtet im übrigen, daß hinsichtlich der Reparationen noch keine Entscheidung getroffen worden sei, weder über das Datum des Zusammentritts der Lausanner Konferenz, die nicht vor der zweiten Hälfte des Juni beginnen dürfte, noch über den Vorbehalt, obwohl die französische Regierung allerdings daran gedacht habe, als Vorbehalt der Belgier Thennis vorzuschlagen. „Echo de Paris“ erklärt, hinsichtlich der Reparationen hätte weder die deutsche noch die französische Einstellung bisher eine Änderung erfahren.

#### Tätlicher Angriff auf den Abg. Wels und den Kölner Polizeipräsidenten

W.B. Köln, 23. April. (Priv.-Tel.) Als der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wels und der Kölner Polizeipräsident Baunackert gestern abend ein Lokal verlassen wollten, wurden sie von Nationalsozialisten angegriffen. Einer der Angreifer schlug dem Abg. Wels mit der Faust ins Gesicht. Polizeipräsident Baunackert, der die Angreifer zu beruhigen versuchte, wurde gleichfalls tätlich angegriffen. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Leh schlug dem Polizeipräsidenten eine Weinflasche über den Kopf. Ein Kellner wurde ebenfalls blutig angeschlagen. Das Überfallkommando nahm 7 Nationalsozialisten fest, darunter den Reichstagsabgeordneten Dr. Leh. Nach der amtlichen Darstellung ist festzustellen, daß Dr. Leh einige Zeit vor dem Vorfall telephonierte, und daß kurz danach eine größere Anzahl Nationalsozialisten in das Lokal kam und am Tisch des Dr. Leh Platz nahm. Die Nationalsozialisten versuchten, nach der Tat fluchtartig das Lokal zu verlassen, wurden aber durch Polizeibeamte, die schon vorher durch den Wirt des Lokals auf das Treiben der Nationalsozialisten aufmerksam gemacht worden waren, gestoppt.

#### Kraichgau freigegeben

##### Die Schuld der Verwaltung der Raiffeisenbank

W.B. Berlin, 23. April. (Tel.) Nach mehr als fünfwöchiger Verhandlung sprach heute das erweiterte Schöffengericht den Kaufmann Kraichgau und den Rechtsanwalt Dr. Türl, Dresden, frei. Beide waren angeklagt, durch betrügerische Handlungen den Zusammenbruch der Raiffeisenbank herbeigeführt zu haben.

In der Begründung des Freispruches ging der Vorsitzende davon aus, daß bei dieser Verhandlung nur die Frage strittig gewesen sei, ob Kraichgau an dem Zusammenbruch der Raiffeisenbank Schuld gehabt habe, aber nicht, ob Kraichgau ganz allgemein durch Betrug Kredite bekommen habe, so interessant es an sich gewesen wäre, dieser Frage nachzuforschen. Hier habe es sich nur um das Ansehensgeschäft gehandelt, dessen Prüfung außerordentlich schwierig war, da die Vorgänge sieben Jahre zurücklagen. Ein großer Teil der wichtigsten Zeugen ist im Laufe dieser Jahre verstorben, andere waren nicht zu ermitteln. Der Vorsitzende meinte, es spräche viel dafür, daß falsche Vorpiegelungen Kraichgaus vorliegen. Die Zustände der Raiffeisenbank seien unglücklich gewesen.

In Zusammenarbeit mit dem Minister des Innern konnten mit Mitteln des 80-Millionen-Fonds 17 Notgemeinden des Murgtales gründlich mit Lebensmitteln versorgt werden. Es wurden verteilt zusammen 2800 Zentner Kartoffeln, 265 Zentner Brotmehl und 155 Zentner Maisgrieß. Weitere 26 hart bedrängte Gemeinden in allen Teilen Badens erhalten gegenwärtig durch Mittel aus der Landesammlung zusammen 3200 Zentner Kartoffeln, so daß auch hier der schlimmsten Not abgeholfen ist. Die badischen Mühlen haben 100 Zentner Mehl gespendet, die auf 42 Notgemeinden verteilt werden konnten. Aus der Spende der Deutschen Zuckerindustrie kamen in Baden insgesamt 161,7 Zentner Zucker auf 106 Notgemeinden zur Verteilung. Vielfache Warenspenden badischer Firmen und viele gespendete, getragene Kleider konnten ebenfalls auf eine Reihe von Notgemeinden verteilt werden.

So war die Arbeit der Badischen Notgemeinschaft eine ausgleichende und wirklich positive. Es sei auch an dieser Stelle allen Helfern und Spendern im Lande herzlich Dank gesagt. Nur gemeinsames Handeln und Helfen ermöglichte die vielfache Hilfsfähigkeit. Nächste Aufgabe ist nun die Durchführung des Hilfswerkes „Kinder in Not!“, dessen Finanzierung durch die Lotterie „Wir wollen helfen!“ gegenwärtig betrieben wird. Tausende Kinder warten auf einige Wochen der Erholung. Tausende muß geholfen werden. Helfen wir doch alle den Kindern zu dieser unbedingt notwendigen, sommerlichen Erholungszeit.

Freiwillige Helfer und andere, die sich gerne solche 50-Pfg.-Lose „Wir wollen helfen!“ erwerben möchten, werden gebeten, zu schreiben an die Landesgeschäftsstelle der Badischen Notgemeinschaft, Karlsruhe, Friedrichsplatz 7, Postfach Nr. 360.

### \* Zur politischen Lage

#### Um die Abrüstung

Die Ereignisse auf der Abrüstungskonferenz in Genf haben sich in der letzten Woche dramatisch zugespielt. Die Franzosen konnten sich zunächst eines Scheinerfolges rühmen, nämlich, als die Konferenz einstimmig — nur Rußland stimmte dagegen — eine Entschließung annahm, nach welcher die Rüstungen nur auf das mit der nationalen Sicherheit und der Durchführung der internationalen Verpflichtungen zu vereinbarendes Mindestmaß herabgesetzt werden sollen, unter besonderer Berücksichtigung der geographischen Lage und anderer etwaiger Ausnahmeverhältnisse.

Schon allein die Tatsache, daß die deutsche Delegation für diese Entschließung stimmte, zeigt uns, daß es sich hier nur um einen Scheinerfolg der französischen Politik handelt. Denn selbstverständlich gilt der Begriff der „nationalen Sicherheit“ und der internationalen Verpflichtungen, sowie die Rücksicht auf die geographische Lage für alle Staaten, also auch für Deutschland. Auch unsere nationale Sicherheit ist es, die durch die endgültigen Beschlüsse der Abrüstungskonferenz garantiert werden soll, und gerade unsere geographische Lage ist es, die eine ganz besondere Berücksichtigung durch die Konferenz erfordert. Es ist also durchaus zu verstehen, daß die deutsche Delegation diese Entschließung annahm.

Wenn die Franzosen wirklich geglaubt haben, daß die Annahme der Resolution ihre Stellung auf der Abrüstungskonferenz von neuem verstärkt habe, dann mußten sie sich sehr rasch von dem Gegenteil überzeugen; denn in der Frage der Abschaffung der Hauptangriffswaffen ergab sich in der Debatte eine glatte Mehrheit gegen Frankreich. Die vier Großmächte England, Nordamerika, Italien und Deutschland forderten in vollkommener Übereinstimmung und mit allem Nachdruck die Abschaffung der Hauptangriffswaffen. Das bedeutete natürlich eine Gewichtsverlagerung zuungunsten Frankreichs.

Die französische Politik darf vielleicht hoffen, allein mit England und allein mit Nordamerika fertig zu werden. Sowie sich aber die beiden angelsächsischen Staaten in irgendeiner Frage auf einer Linie zusammenfinden und entschlossen sind, gemeinsam ihre gemeinsamen Wünsche mit aller Entschiedenheit durchzubringen, ist der französische Widerstand so gut wie nutzlos. Denn ein englisches-amerikanisches Bündnis ist, auch militärisch gesehen, die einzige strategische Konstellation, der Frankreich von vornherein nicht gewachsen ist.

Der Führer der französischen Delegation in Genf, Herr Paul-Boncour, hat denn auch die Wichtigkeit der neuen Machtverlagerung in Genf sehr rasch eingesehen und dringend die Anwesenheit des Ministerpräsidenten Tardieu verlangt. Tardieu ist dann in dem Zuge, den auch Macdonald benutzte, der gleichfalls zur Abrüstungskonferenz fuhr, nach Genf geeilt.

#### Der Kanzler in Genf

Herr Paul-Boncour hatte jedoch noch einen anderen Grund, der ihm das Erscheinen des französischen Ministerpräsidenten in Genf ratfam erscheinen ließ; und das war die Tätigkeit des deutschen Reichskanzlers. Dr. Brüning hatte eine Reihe sehr bedeutender Besprechungen in Genf gehabt, die nicht nur das Abrüstungsproblem, sondern auch das Problem der Reparationen und der wirtschaftlichen Hilfe für die notleidenden Staaten zum Gegenstand hatten. In diesen Besprechungen ergab sich eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung; und sie schienen nach Ansicht der Pariser Delegation die Isolierung Frankreichs auch auf diesem Gebiet zu beseitigen.

Der Abrüstungskonferenz soll ja bekanntlich die Lausanner Konferenz auf dem Fuße folgen. Bis zu einem gewissen Grade hängen ja alle diese Probleme (Abrüstung, Reparationen, internationale Schulden und Bekämpfung der Wirtschaftsnot) zusammen, und nur in diesem Zusammenhange sind auch die neuen Schritte Americas zu verstehen.

Washington hat nämlich in offiziellen Noten seinen Anspruch auf die Rückzahlung der interalliierten Schulden an Amerika von neuem betont und fernerhin den Handelskrieg angedroht, falls die Schutzpolitik in Europa die amerikanischen Handelsinteressen noch weiter schädigen sollte. Diese Aktion Americas bedeutet naturgemäß einen starken Druck auch in der Richtung der Ab-

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 13. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

rüstungskonferenz. Washington will seinen Schuldnern, vor allem aber Frankreich, von neuem klarmachen, daß die Schulden als solche noch bestehen, und daß sie nur dann gestrichen oder reduziert werden können, wenn die Schuldnerstaaten, und zwar auch hier Frankreich in erster Linie, durch Herabsetzung der Rüstungen, durch völlige Abschaffung der Hauptangriffswaffen ihren guten Willen zum Sparen bekunden. Der amerikanische Bürger denkt gar nicht daran, auf Ansprüche zu verzichten, solange der Schuldner sich irgendeinen Luxus großen Stils leisten kann.

#### Kompromiß

Lardieu hat seine Anwesenheit sogleich mit der ihm eigenen Kraft und Geschwindigkeit zu allerlei Verhandlungen und Besprechungen ausgenutzt. Sehr wichtig und eingehend war die Besprechung zwischen ihm und dem Reichskanzler Dr. Brüning. Alle Fragen, die das deutsch-französische Verhältnis in der Hauptsache berühren, sind ausgiebig erörtert worden.

Die Taktik, die Herr Lardieu von Anfang an angeht, die für Frankreich ziemlich verfahrenen Lage verfolgte, war vor allem darauf berechnet, Zeit zu gewinnen. Die Wahlen in Deutschland und die französischen Kammerwahlen boten ihm einen höchst erwünschten Vorwand, Vertagungen entscheidender Beschlüsse durchzuführen.

Was zunächst die Lausanner Konferenz betrifft, so wird sie erst im Laufe des Juni stattfinden. Aber auch in der aktuellsten Frage der Abrüstungskonferenz, der Abschaffung der Hauptangriffswaffen, gelang es Lardieu, eine definitive Stellungnahme der Konferenz zu vermeiden. Der Hauptausschuß einigte sich auf eine Resolution, die wohl die Abschaffung der Hauptangriffswaffen den Staaten zur Pflicht macht, daneben aber auch die Möglichkeit einer Internationalisierung dieser Hauptangriffswaffen offenläßt.

Man ist also ganz offenkundig einer Entscheidung ausgewichen. Denn die Internationalisierung entspricht ja gerade den bekannten Vorschlägen Frankreichs. Und, da beide Auffassungen, die der Mehrheit und die der von Frankreich geführten Minderheit, sich nicht vereinigen lassen, wird die Abrüstungskonferenz später doch um eine entscheidende Stellungnahme nicht herumkommen. Das jetzt getätigte Kompromiß dient also nur dazu, diesen Akt zu vertagen.

#### Die Wahlen des morgigen Tages

Der morgige Sonntag bringt bekanntlich Neuwahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg. Mit der Möglichkeit einer wirklichen Machtverschiebung ist nur in Preußen und Anhalt, vielleicht auch in Hamburg zu rechnen. Die größte Bedeutung würde naturgemäß einer solchen Machtverschiebung in Preußen beizumessen sein.

Nach den Berechnungen, die wir gestern in einem der preußischen Landtagswahl gewidmeten Leitartikel anstellten, ist kaum anzunehmen, daß die Rechtsopposition die absolute Mehrheit der Mandate gewinnt. Daß die jetzt regierende Koalition an und für sich die Mehrheit verliert, ist jedoch anzunehmen. Die Regierung würde für diesen Fall zurücktreten und als Geschäftsmann weiter amtiert, bis vom Landtag eine neue Regierung gebildet ist. Eine solche Amtsführung könnte unter Umständen sehr lange dauern, wenn die Rechtsopposition sich außerstande zeigt, von sich aus eine Regierung zu bilden. Natürlich gibt es hier noch allerlei Möglichkeiten günstigerer und ungünstigerer Art, die je nachdem bei einer geschickten Taktik im Parlament ausgeschöpft werden können.

Im übrigen ist es gut, sich immer wieder die Tatsache zu vergegenwärtigen, daß wir im parlamentarischen Staat leben, und daß wir uns seinen Bedingungen zu unterwerfen haben. Im Parlamentarismus demokratischer Prägung entscheidet die Mehrheit. Jeder Politiker und jeder Staatsbürger muß sich innerlich darauf einrichten, daß auch einmal eine Mehrheit aus Ruder gelangt, die ihm nicht genehm ist. Gesetz und Verfassung fordern dann von jedem, daß er sich mit einem solchen Ergebnis abfindet. Die nächste Aufgabe kann dann nur die sein, alles zu tun, um bei einer neuen Wahl die unbequeme Mehrheit wieder in eine Minderheit zu verwandeln. Dafür zu sorgen, daß die Herrschaft einer Mehrheit in einem Land nicht in Willkür ausartet, ist Sache der Reichsregierung und des Reichspräsidenten; und wir dürfen zu Herrn von Hindenburg, zum Kanzler Dr. Brüning und zum Reichsinnenminister Dr. Groener das Vertrauen haben, daß sie in keinem Lande offensichtliche Beugungen des verfassungsmäßigen Rechts dulden werden.

#### Verbot des Reichsbanners?

Der bekannte Brief des Reichspräsidenten an Herrn Groener hat diesen veranlaßt, das ihm überwiesene Material über das Reichsbanner und seine militärisch aufgelegenen Sondereinrichtungen genau zu prüfen. Herr Groener hat sich dieserhalb auch telephonisch mit dem Reichskanzler in Verbindung gesetzt und wird mit ihm heute oder morgen in Süddeutschland zusammenkommen.

Die Leitung des Reichsbanners hat ja die ganze Situation von vornherein dadurch erleichtert, daß sie von sich aus die Auflösung der Schufos bzw. aller nach militärischem Muster aufgelegenen Sonderformationen verfügte. Der oberste Bundesführer des Reichsbanners hat dann noch in einem Schreiben an die Reichsregierung

diese keine Maßnahme bekräftigt und die eidesstattliche Versicherung abgegeben, daß die zugelegte Auflösung auch wirklich erfolgt, und daß nicht etwa versucht werden wird, den Auflösungsbesehl heimlich zu umgehen.

Daß solche Umgehungen an sich möglich sind, beweisen die Hausdurchsuchungen der Polizei bei den preußischen Kommunisten. Diese Hausdurchsuchungen haben den Beweis dafür erbracht, daß der 1929 verbotene Rote Frontkämpferbund heimlich und illegal weiter fortbestanden hat. Eine Tatsache übrigens, die schon lange genug von Kundigen behauptet worden ist.

Es wird davon gesprochen, daß das Reichskabinett unter Umständen ein Verbot aller militärisch aufgelegenen Organisationen, also des gesamten Reichsbanners, des Stahlhelms und der Eisernen Front verfügen könnte. Die Entscheidung soll aber erst nach den Wahlen erfolgen. Wie sie ausfallen wird, kann heute noch nicht gesagt werden.

#### Der Genfer Abrüstungsbeschluss

Der Kompromiß über die schweren Angriffswaffen Das Ergebnis der Genfer Debatte über die qualitative Abrüstung (Abschaffung der schweren Angriffswaffen) ist, wie gemeldet, die einstimmige Annahme des Grundgesetzes durch sämtliche auf der Konferenz vertretene Staaten. Diese Einstimmigkeit mußte mit dem Zugeständnis an die von Frankreich geführte Gruppe erkauft werden, daß in die Erörterung der Methode zur Durchführung dieses Grundgesetzes neben der Frage des Verbotes, des Gebrauchs oder Besitzes bestimmter Waffen auch die ihrer Internationalisierung einbezogen werden.

Die Auseinandersetzung zwischen dem französischen Vorschlag, jene Waffen zu internationalisieren, das heißt, dem Völkervertrag zur Verfügung zu stellen und damit eine internationale Streitmacht zu schaffen, wird nunmehr zunächst in den Ausschüssen geführt werden. Am Schluß der Sitzung des Hauptausschusses wurde eine weitere englische Entschließung angenommen, wonach „die zuständigen Sonderausschüsse die Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft prüfen sollen, um die Waffen zu bestimmen, die am ausgeprochensten einen Offencharakter haben oder gegen die nationalen Verteidigungsanlagen am wirksamsten sind und für die Zivilbevölkerung die größte Bedrohung darstellen“.

#### Kurze Nachrichten

Montag keine Kabinettsitzung. Von amtlicher Seite in Berlin werden die Meldungen über eine geplante Kabinettsitzung nach der Rückkehr des Reichsinnenministers Gröner als nicht zutreffend bezeichnet. Reichsminister Gröner wird nach seiner Rückkehr von der Unterredung mit dem Reichskanzler, die, wie gemeldet, am Sonntag stattfinden soll, wahrscheinlich bald dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Eine Entscheidung über die ganzen, mit dem Material über das Reichsbanner zusammenhängenden Fragen wird aber zweifellos erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers, die Ende nächster Woche erfolgen soll, getroffen werden.

Forderungen der deutschen Industrie. In Sitzungen des Präsidiums und Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Berlin, wurde die Entfaltung einer weitgehenden handelspolitischen und innerwirtschaftlichen Aktivität anlässlich der immer stärker werdenden Abwertungstendenzen der einzelnen Staaten für erforderlich gehalten. Förderung der deutschen Ausfuhr und Stärkung des Binnenmarktes und Genüßung der Devisenbewirtschaftung unter sorgfältiger Beachtung der handelspolitischen Interessen gefordert.

Der Termin für die Landtagsneuwahl in Oldenburg ist auf den 29. Mai festgesetzt worden.

Verleger Dr. Dohle †. Der langjährige Chefredakteur und Verleger der „Breslauer Zeitung“, die im vorigen Jahre nach 111-jähriger Bestehen ihr Erscheinen einstellte, Dr. Alfred Dohle in Breslau, ist nach schwerer Krankheit im Alter von 70 Jahren gestorben.

Die Posener Oktober-Tumulte. Das Posener Amtsgericht sprach etwa zwanzig jugendliche Personen frei, die an den deutschfeindlichen Kundgebungen in Posen im Oktober 1930 beteiligt gewesen sind. Bekanntlich kam es damals zu schweren Ausschreitungen gegen deutsche Geschäfte und Buchhandlungen. Die Verteidiger erklärten, daß die antideutschen Kundgebungen eine patriotische und moralische Pflicht gewesen seien.

Arbeitslosenentwurf in New-York. Vor dem Rathaus in New-York kam es am Donnerstag zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei. Viele Personen wurden verletzt.

#### Ivar Kreugers Testament

W.W. Stockholm, 23. April. (Tel.) Pressemeldungen zufolge, hat Ivar Kreuger nur ein Testament hinterlassen, durch das einer Frau Kreuger-Gerth aus Stockholm ein Legat von 1/2 Million Kronen ausgesetzt wird. Allerdings ist kein freier Nachlass vorhanden. — Heute werden zwei neue Verhaftungen in der Kreuger-Angelegenheit erwartet. Der schon verhaftete Heisler hat bei dem Kreuger-Konzern ein Gehalt von 100 000 Kronen jährlich bezogen.

#### Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ stieg heute, Samstag morgen um 0,30 Uhr in Fernambuco fahplanmäßig zur Rückfahrt auf. — Zwei Jahrgäste, die mit dem Zeppelin in der Nacht zum 18. April von Friedrichshafen abgefahren und am 20. April gegen 18 Uhr in Fernambuco waren, sind im Flugzeug nach Buenos-Aires weitergereist. Dort trafen sie heute, Samstag morgen, ein. Sie benötigten für die Reise von Deutschland nach Argentinien nur 4 1/2 Tage.

In der heutigen Vormittagsziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurden 50 000 M. auf die Nummer 135 220 gezogen. Dieses Los wird in Viertellosen in Braunschweig und in Nieder-Schlesien gepielt.

Der beim Deutschen Touring-Club in München angestellte erste Buchhalter Hugo Braun ist nach Unterschlagung einer größeren Summe geflüchtet.

Die Voruntersuchung gegen die Brüder Laufen in Bremen ist nunmehr abgeschlossen.

Der Nationalsozialistenführer Dr. Göttsch ist in Berlin an einer Darmvergiftung schwer erkrankt. Er ist bettlägerig und hat eine Temperatur von 40 Grad.

Zum Vorsitzenden der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wurde heute, Donnerstag, in Berlin an Stelle von Ernst v. Borlig der Generaldirektor der Siemens-Schüdt-Werke AG, Dr.-Ing. e. h. Carl Rüttgen, gewählt. Er erklärte, daß die deutschen Unternehmer nicht gegen Tarifverträge, auch nicht gegen Koalitionsfreiheit seien. Sie wünschten aber, daß der Staat sich auf vermittelnde Hilfeleistung beschränkt, ohne den Parteien die letzte Verantwortung abzunehmen. Die Unternehmer seien bereit, der Regierung die Verantwortung für die Lohnfestsetzung wieder abzunehmen. Neue Eingriffe des Staates in die Arbeitszeit, wie sie jetzt auf dem Krisentag der ADB, angekündigt wurden, müßten Ablehnung finden.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung am Dienstag, 26. April 1932, vorm. 9 Uhr.

Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

I. Mitteilung der Eingänge.

II. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1932 und 1933. Einzelplan II Staatsministerium samt einschlägigen Anträgen, Berichterstatter Abg. Heib, und damit in Verbindung: Allgemeine politische Ansprache, sowie Anträge und förmliche Anfragen, wie folgt:

a) Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über die Anträge der Abg. 1. Lechleiter u. Gen., Amnestierung aller proletarischen politischen Gefangenen, 2. Lechleiter u. Gen., Aufhebung des Verbots gegen den antisozialistischen Rote Frontkämpferbund, und Ergänzungsantrag der Abg. Köhler u. Gen. dazu, 3. Lechleiter u. Gen., Rede- und Versammlungsverbote der Kommunistischen Partei Deutschlands im Lande Baden, 4. Lechleiter und Genossen, Versammlungsverbote im Lande Baden, Berichterstatter zu b 1—4 Abg. Dr. Volkhard.

b) Beratung der Anträge der Abg. 1. Lechleiter u. Gen., Mißtrauensklärung gegen den Minister des Innern, Emil Maier, 2. Wagner u. Gen., im gleichen Betreff, 3. Lechleiter u. Gen., Mißtrauensklärung gegen das Staatsministerium.

c) Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abg. 1. Lechleiter u. Gen., Anschaffung von Panzerwagen für die Polizei, 2. Lechleiter u. Gen., Nationalsozialistische Versammlung in Weinheim am 18. Februar 1932, 3. Dr. Köhler u. Gen., der agrarpolitische Apparat der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Baden.

### Verfahren gegen einen Polizeibeamten wegen Körperverletzung im Amt

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

„In der Nr. 86 vom 13. d. M. erhebt der „Volkfreund“ gegen die Karlsruhe Staatsanwaltschaft den Vorwurf, sie habe einen Polizeibeamten ohne genügende Grundlage wegen Körperverletzung unter Anklage gestellt und das Verfahren, anstatt es sofort einzustellen, durch zwei Instanzen geschleppt.“

Siezu ist folgendes festzustellen:

1. Ein anscheinend nicht uninteressierter und als glaubwürdig begonnener Zeuge hatte bestätigt, daß der Polizeibeamte den Angeklagten absichtlich und ohne hinreichenden Grund mit dem Fuß getreten habe. Danach bestand für die Anklagebehörde der zur Anklage berechtigende und verpflichtende „hinreichende Tatverdacht“. Wäre die Anklage nicht erhoben worden, so hätte die Staatsanwaltschaft den Vorwurf einer Pflichtverletzung nachlässig gewärtigen müssen.

2. Die Anklageerhebung lag auch im Interesse des Beschuldigten. Denn nur im Wege einer gerichtlichen Verhandlung war eine Klärung der Schuldfrage möglich. Eine solche war um so mehr geboten, als der angeklagte Verletzte die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen angeknüpft hatte.

3. Die Anklage wurde in vollem Einvernehmen mit der vorgelegten Behörde des beschuldigten Polizeibeamten erhoben, weil auch sie der Auffassung war, daß nur auf diesem Wege die unter Ziffer 1 und 3 erwähnten Weiterungen vermieden werden konnten.

### Ungezügelter Durchführungs des Bierpreiserhöhung in Baden?

Man schreibt uns: Bekanntlich hat der badische Beauftragte für Preisüberwachung von der ursprünglich vorgesehenen Festsetzung von Höchstauskantenpreisen für Bier bis auf weiteres abgesehen, nachdem durch Zukagen des Gastwirtsverbandes eine Senkung von 10 Pf. je Liter gegenüber den bisherigen Auskantenpreisen gefordert worden. Dieser Senkung hat jedoch die Mittelbehörde, die die Preise festsetzt, bisher nicht stattgegeben, sondern die Preise bis auf weiteres auf dem bisherigen Stande belassen. Die Mittelbehörde hat jedoch die Mittelbehörde, die die Preise festsetzt, bisher nicht stattgegeben, sondern die Preise bis auf weiteres auf dem bisherigen Stande belassen. Die Mittelbehörde hat jedoch die Mittelbehörde, die die Preise festsetzt, bisher nicht stattgegeben, sondern die Preise bis auf weiteres auf dem bisherigen Stande belassen.

Das Publikum muß hier in erster Linie selbst dazu helfen, die Mißbräuche und Widerstände gegen die Bierpreiserhöhung zu beseitigen, indem es die Wirtschaften mit überhöhten Bierpreisen meiden. Auch sollen die Polizeibehörden vom Ministerium des Innern neuerdings angewiesen worden sein, die Nachprüfungen über die von den Wirten vorgenommene Senkung der Bierpreise mit aller Schärfe durchzuführen und bei Überschreitungen der allgemein üblichen Auskantenpreise dem Ministerium zu berichten. Wenn bei diesen Kontrollen Mißbräuche festgestellt werden sollten, muß verlangt werden, daß weitere behördliche Schritte, um die Durchführung der Bierpreiserhöhung in Baden zu sichern, erfolgen, wie ja auch der badische Preiskommissar nur bis auf weiteres davon abgesehen hat, auf der ursprünglich von ihm beabsichtigten Festsetzung von Auskantenpreisen für Bier zu bestehen.

### Der katholische Kirchensteuervorschlag

Das Kirchengeld Die katholische Kirchenbehörde hat den Kirchensteuervorschlag für die allgemeinen kirchlichen Bedürfnisse im Rechnungsjahre 1932 vorgelegt. Es fehlen über 700 000 M., um den Gefälligen auch nur den verkürzten Gehalt zahlen zu können. Es wird deshalb ein Kirchengeld vorgeschlagen von jährlich 3 M. oder 4 M. oder 6 M. Das würde für den Monat den Betrag von 25 Pf. oder 33 Pf. oder 50 Pf. ausmachen. Als Befolgung ist vorgesehen: Es erhalten Pater mit über 25 Dienstjahren an Orten bis zu 5000 Einwohner 3720 M., in Städten von 5000 bis 10 000 Einwohner 4620 M., in Städten über 10 000 Einwohner 4392 M. Kapläne bekommen neben freier Verköstigung ein Anfangsgehalt von 680 M., nach zehn Dienstjahren von 804 M.

## Tagung der Evangelischen Landesynode

Die Positive Vereinigung demonstriert gegen die evangelischen Sozialisten — Kirchenpräsident Wirth zum Fall Eckert — Das Kirchengelbesetz zurückgezogen — Weitere Sparmaßnahmen

In der Vormittagssitzung am Freitag befaßte sich die Evangelische Landesynode mit der Änderung an der Konfirmationsordnung hinsichtlich der Verpflichtung zum Besuch der Christenlehre, und einer Eingabe des Frauenverbandes für Innere Mission, die eine reichere kirchliche Ausgestaltung des Muttertages wünscht. Genehmigt wurden die durch vorläufige Kirchengesetze vorgenommene Kürzung der Gehälter der Geistlichen und Beamten, sowie der Ruhestandsbezüge und der Hinterbliebenenversorgung, die Neuregelung der Gebühren für Teilnahme an Bezirks-, Pfarr- und Schulynoden, sowie an Pfarrkonferenzen, die Kürzung der Tagelöhner für die Abgeordneten der Landesynode. Eine Vorlage der Kirchenregierung bezweckt Änderungen des Disziplinargesetzes hinsichtlich der Höhe der Ordnungstrafen, der Zusammenlegung des Dienstgerichts, der Zahl der Richter, die auf fünf herabgesetzt werden soll, für die Ernennung von Mitgliedern durch die Kirchenregierung und nicht mehr durch die Synode, über die Amtsdauer und zuletzt über das Ausscheiden der Mitglieder des Oberkirchenrats und der Kirchenregierung aus der Zahl der Richter. Das ganze Gesetz wurde mit allen gegen 10 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Nachmittags befaßte sich die Synode zuerst mit einem Antrag des Volkskirchenbundes evangelischer Sozialisten über die Pfarrbesetzung in Mannheim. In dem Antrag wird behauptet, daß durch die Besetzung von Pfarrstellen in Mannheim eine Verletzung des Minderheitenrechts erfolgt sei; es liege zugleich damit eine Verletzung des Kirchenrechts vor. Der Verfassungsausschuß kam zu der Entscheidung (mit allen gegen eine Stimme), daß das Minderheitenrecht nicht verletzt worden sei. Der Berichterstatter, Abg. Camerer, hat namens des Ausschusses die Synode, diese wolle den Entschluß des Ausschusses zu ihrem eigenen machen. Bevor nun der Vertreter der Antragsteller, Abg. Kappes (Ev. Soz.), das Wort erhielt, wurde von einem Vertreter der Kirchlich-positiven Vereinigung erklärt, daß die Vereinigung nach den Angriffen der Evangelischen Sozialisten gegen den Führer der Positiven, Kirchenrat Bender, befürchten müsse, Pfarrer Kappes werde in derselben Weise seinen Antrag begründen. Daher seien die Positiven außerstande, seine Ausführungen anzuhören. Hierauf verließen sämtliche Angeordnete der Rechten den Saal.

Abg. Kappes (Ev. Soz.) bedauerte diesen Auszug, da dadurch eine Auseinandersetzung sabotiert worden sei und begründete den Antrag.

Kirchenpräsident D. Wirth wies den vom Redner gemachten Vorwurf zurück, in dem Mannheimer Fall sei eine „bewußte Intoleranz“ geübt worden. In Mannheim sei es den religiösen Sozialisten wohl möglich gewesen, für die Stelle des in den Ruhestand gegangenen Pfarrers Lehmann einen Mann zu bringen, gegen den die Kirchenregierung nichts eingewendet hätte. Der „Fall Eckert“ habe sich derart entwickelt, daß es so nicht weitergehen könnte. Ich kenne eine unbedingte Intoleranz, schloß D. Wirth, und die richtet sich gegen die Gottlosigkeit und Gottlosenbewegung innerhalb unserer Kirche.

In der Aussprache wandte sich das Reichstagsmitglied des Evangelischen Volksdienstes, Abg. Dr. Schmechel (Pos.), gegen die Evangelisch-Sozialisten und ihrer Schriften, worauf sich Abg. Dr. Dietrich (Ev. Soz.) gegen diese Ausführungen wandte und folgenden Antrag einbrachte: „Die Synode bringt zum Ausdruck, es ist im kirchlichen Interesse unvereinbar, daß die Arbeiterstadt Mannheim keinen religiös-sozialistischen Pfarrer hat.“ — Die Mannheimer Vertreterin der Landeskirchlichen Vereinigung, Abg. Frauäulein Janson, äußerte sich zu der ablehnenden Haltung Eckerts gegenüber kirchlichen Einrichtungen, Zusammenarbeit und Aufbauarbeit. — Die Stellung der Positiven wurde dann nochmals in längeren Ausführungen von Abg. Pfarrer Kost, Mannheim, dargelegt, mehrfach unterbrochen durch Zwischenrufe der Sozialisten. Abg. Kost erklärte zum Schluß: Wir wissen, welche ungeheure Gefahr eine politisierte Kirche bedeutet. Die Kirche hat keinen politischen Auftrag. Eine Demokratisierung der Kirchenleitung ist abzulehnen. Vor der Abstimmung ließ die Liberale Gruppe Stimmenthaltung mitteilen, da eine auffallend scharfe Note in die Angelegenheit hineingetragen worden sei. Eine sachliche Klärung sei nicht erfolgt.

Bei der Abstimmung wurde der oben mitgeteilte Antrag der Religiös-Sozialisten mit Mehrheit abgelehnt. Der Antrag des Verfassungsausschusses, daß bei der Pfarrbesetzung in Mannheim eine Mehrheitsverletzung nicht vorgekommen sei, wurde mit den Stimmen sämtlicher Positiven und einigen Stimmen der Landeskirchlichen Vereinigung und der Liberalen angenommen. Der Antrag der Landeskirchlichen Vereinigung, die in diesem Jahr fälligen Wahlen zur Evangelischen Landesynode um ein Jahr zu verschieben, wurde mit allen (Pos. und Soz.) gegen 15 (Lib. und Landeskirchlichen Vereinigung) abgelehnt. Präsident D. Wirth erklärte in der Aussprache, die Kirche habe nicht das Recht, die Synode zu verlängern. Desgleichen wurde ein Antrag der Sozialisten, die Landesynodalwahlen mit den kirchlichen Gemeindevorständen auf einen Tag zu legen, mit großer Mehrheit abgelehnt.

## Das Kirchengelbesetz zurückgezogen

Im folgenden berichtete Abg. Hofheinz (Lib.), Mitglied des Landtags, über das kirchliche Finanzgesetz. Der Redner teilte mit, daß die Kirchenregierung das Gesetz über die Einführung eines Kirchengelbes zurückgezogen habe. Der Finanzausschuß schloß die Einsetzung einer fünfgliedrigen Sparkommission vor, die u. a. eine weitere Kürzung sämtlicher kirchlicher Gehälter auf 1. Mai durchführen soll. Dazu vorliegende, verschiedene Anträge, waren im Finanzausschuß teils abgelehnt, teils für erledigt erklärt worden. — Nach einer kurzen Aussprache wurde der Beschluß des Finanzausschusses mit den Stimmen der Positiven, der Landeskirchlichen Vereinigung und der Sozialisten gegen die Stimmen der Liberalen angenommen. — Schluß der Sitzung gegen 9 Uhr abends.

Am heutigen Samstag wird die Tagesordnung zu Ende geführt.

Über die Behandlung der Kirchengelbesetze im Finanzausschuß der Evangelischen Landesynode erhalten wir von zuständiger Seite folgende Darstellung:

Die Kirchengelbesetze sind im Finanzausschuß der Evangelischen Landesynode eine ausführliche und tiefgehende Erörterung. Von allen Seiten wurde mit lebhaftem Bedauern anerkannt, daß die allgemeine Wirtschaftslage und infolgedessen auch die finanzielle Lage der Evangelischen Landeskirchen in Baden notwendig neue und schwerwiegende Maßnahmen erfordere. Solche Maßnahmen aber im Augenblick schon ausreichend zu treffen, scheinete einer großen Zahl von Synodalmitgliedern noch nicht möglich.

Die Kirchenregierung glaubte daher, gegen eine erhebliche Zahl der Abgeordneten der Synode nicht wohl ein Kirchengeld durchsetzen zu sollen und zog deshalb ihren diesbezüglichen Gesetzesentwurf zurück. Dagegen wurde ein fünfgliedriger Ausschuß eingesetzt mit dem Auftrag, schleunigst den Vorschlag für das Rechnungsjahr 1932/33 daraufhin zu prüfen, ob und welche neben den schon getroffenen einschneidenden Sparmaßnahmen weitere Einsparungen erzielt werden können, und zwar bis zur Grenze dessen, was für die Landeskirche überhaupt noch fragbar wäre. Die schon vom Evangelischen Oberkirchenrat für unumgänglich notwendig angelegene außerordentliche Kürzung der Gehälter der Mitglieder des Oberkirchenrats und der Geistlichen soll möglichst bald zur Durchführung gebracht werden.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 23 enthält Verordnungen über Staatsprüfungen für den mittleren technischen Dienst und die Ausführung des Gesetzes für den ununteren Wettbewerb.

## Aus der Landeshauptstadt

### Zirkus Krone auf dem Karlsruher Meßplatz

Dieses Fischenunternehmens, in Karlsruhe schon längst gut bekannt, hat auf dem Meßplatz seine riesigen, weißlich-schwarzen Zelte aufgeschlagen. Die Eröffnungsfeierung am Freitag war sehr gut besucht. Was der „Krone“ bietet, ist wahrlich keine gewöhnliche Leistung, sondern Zirkuskunst im besten Sinne des Wortes. Das Programm ist einzigartig nach Inhalt und Umfang. Über 3 Stunden liegt prächtiges Tempo, bunter, farbenreicher Zauber, verbunden mit artistischen Spitzenleistungen über dem Ganzen. Der Besucher wird geradezu mit Darbietungen überschüttet. Ohne Pause wickelt sich ein Programm von zirka 40 Nummern ab.

Es ist gar nicht möglich, alles Gesehene hier wiederzugeben. Selbst die Hervorhebung einzelner Nummern wäre ungerath, denn alles ist zirkusmäßige Kunst. Besondere Erwähnung mögen aber doch besonders die Dressurleistungen mit Tieren finden. Tiger, Löwen, Elefanten, Varen, Seelöwen, Schlangen, besonders die herrlichen Pferde — alle unterordnen sich dem Willen ihrer Dompteure. In einer besonderen großen Parade erhalten Gelegenheit, den ganzen Tierpark des Unternehmens zu sehen. Aber nicht nur exotische Tiere aller Art, sondern auch Artisten aller Erdteile geben sich ein Stellbüchlein. Unzähliges Hilfspersonal, das mit bewundernswürdiger Ruhe und Ordnung beim Umbauen behilflich ist, zeigt, welche straffe und pünktliche Organisation über dem Ganzen liegt. Das Unternehmen, trotz der Schwere der Zeit über Wasser zu halten, ist eine soziale Tat, die auch gewürdigt werden muß. Auch dieser Punkt, nicht nur alles, was geboten wird, möge alle, die es sich leisten können, veranlassen, die Vorstellung zu besuchen.

Badisches Landestheater. Das Schauspiel „Der 18. Oktober“ von Walter Erich Schäfer, das am heutigen Samstag vom Intendanten Dr. Hans Baag inszeniert, zur Eröffnung kommt, enthält nur Männerrollen. Die Hauptfigur des Oberst Bauer, dem Kommandanten eines rheinbündischen Jäger-Regiments beim Heere Napoleons, wird von Felix Baumbach dargestellt. Neben ihm wirken in den übrigen wichtigen Rollen die Herren Brand, Dahlen, Ernst, Gemmeke, Kloebe, Kühr, Luther, Mehnert, Raul und Hans Müller, Brüder und von der Trend mit. Für die köstliche Ausstattung zeichnet Margarete Schellenberg.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Die Wetterlage hat sich seit gestern nicht wesentlich geändert. Wir werden daher die Zufuhr ozeanischer Luft aus Westen noch behalten. — Voraussage: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

## Handel und Wirtschaft

### Devotenotierungen der Reichsbank

	23 April		22 April	
	Geld	Ursatz	Geld	Ursatz
Amsterdam 100 G.	170.53	170.87	170.58	170.92
Kopenhagen 100 Kr.	86.26	86.44	86.26	86.44
Italien 100 L.	21.63	21.67	21.63	21.67
London 1 Pf.	15.75	15.79	15.74	15.78
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.585	16.625	16.595	16.635
Schweiz 100 Fr.	81.70	81.86	81.92	82.08
Wien 100 Schilling	51.95	52.02	51.70	51.80
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Falsche Behauptungen über Marktabwertungspläne. Eine Berliner Börsenkorrespondenz beschäftigt sich mit angeblichen Plänen der zuständigen Stellen über eine Abwertung der Reichsmark. Von unrichtiger Seite werden diese Behauptungen von Anfang bis Ende als frei erfunden bezeichnet. Weder bei der Reichsbank noch bei irgendeiner Stelle der Reichsregierung sind solche Abwertungspläne erwogen worden.

Die Verkaufspreise der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein. In der Beiratsitzung der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein in Berlin ist am heutigen Samstag folgender Beschluß gefaßt worden: Vom 25. April 1932 an beträgt 1. der regelmäßige Verkaufspreis 400 RM., 2. der besondere ermäßigte Verkaufspreis 240 RM. pro Hektoliter Weingeist.

Insolvenz eines Münchner Konsumvereins. Der Konsumverein München von 1864 e. G. m. b. H., ist insolvent und strebt ein einjähriges Moratorium an. Eine Überschuldung soll nicht vorliegen. Die in letzter Zeit vermehrte Abhebung der beunruhigten Sparer habe eine Illiquidität verursacht. Auf die Geschäftsanteile der etwa 20 000 Genossen künden über 500 000 RM. aus, die jetzt eingefordert werden. Die bisher eingezahlten Geschäftsanteile müßten allerdings als zum großen Teil verloren angesehen werden. In die Einforderung der Sattkumme sei zur Zeit nicht gedacht. Ein Status wird von der Deutschen Allgemeinen Treuhandgesellschaft aufgestellt.

Die finanzielle Lage bei Burbach. Zu den Meldungen über unbekannte Schulden des Burbach-Konzerns bzw. über die durch die Konzernierung der einzelnen Burbach-Betriebe entstandenen Schachtelverluste, die auf 60 Mill. Reichsmark beziffert werden, teilt der Leiter des Burbach-Konzerns, Dr. Gerhard Korie, Magdeburg, auf Anfrage mit, der Aufsichtsrat werde in Kürze einberufen werden, und dann werde zu allen aufgeworfenen Fragen in aller Offenheit Stellung genommen werden. Es könne aber schon jetzt gesagt werden, daß die Veröffentlichungen total falsch seien. Auch die Behauptung, daß 60 Mill. Reichsmark Schulden der Hauptverwaltung im wesentlichen auf Käufe in Burbach-Aktien zurückzuführen seien, treffe nicht zu. Es handele sich dabei vielmehr um Forderungen, die keine Konzernforderungen darstellen. Im übrigen sei niemals eine Aktie an die Hauptverwaltung verkauft worden. Allerdings könne der im Geschäftsjahr 1931 erzielte Reingewinn bereits mit 6,6 Mill. Reichsmark, also rund 2 Mill. Reichsmark weniger als im Vorjahre, unabhängig von der Synodalabrechnung, angegeben werden. Die Gesellschaft habe betriebsmäßig demnach durchaus gut gearbeitet, und der Burbach-Konzern stehe, wie Dr. Korie zum Schluß seiner Ausführungen erklärte, gut da.

Auf der Berliner Börse erfolgte am Freitag am Markte der Kaliverte in Burbach-Kaliverte ein Kurseinbruch, der in einer Abschwächung von etwa 14 Proz. zum Ausdruck kam. Im Gegensatz zu Burbach waren Wintershall behauptet, schließlich eher noch befestigt.

Die Städtische Sparkasse Schweigen veröffentlicht heute im Inzeratenteil ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1931. Das Institut scheint die Vertrauenskrise verhältnismäßig günstig überstanden zu haben. Der Umlauf ist von 63,713 Mill. auf 55,854 Mill. RM. zurückgegangen, ebenso die Bilanzsumme von 8,236 auf 7,905 Mill. RM. Die Sparkasse hatte aber keine Schwierigkeiten in der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu überwinden. Sie konnte die erheblich gesteigerten Anforderungen ohne Inanspruchnahme des Akzept- und Garantienbankkredits erfüllen und hatte darüber hinaus stets größere Kassenbestände und Vorkaufguthaben. Der Gesamtverpflichtungenbestand betrug Ende 1931: 7,130 Millionen und verteilte sich auf 15 888 Sparer. Die Giro- und Kontoforrentguthaben der Kunden betragen auf Ende 1931: 0,257 Millionen. Das Realverpflichtungsgeschäft konnte nur in der ersten Jahreshälfte gepflegt werden. Die Neuansparungen betragen auf Ende 1931 0,280 Millionen, wodurch der Gesamthypothekenbestand auf 4,340 Mill. RM. anwuchs.

Zentralzuchtmarkt in Offenbura. In Offenbura findet am 10. Mai der alljährliche Zentralzuchtmarkt statt. Es werden wieder etwa 250 bis 300 Farren und weibliche Zuchttiere zum Auftrieb kommen. Ein anerkannter Vorzug liegt in der Bodenständigkeit der Tiere und ihrer Herkunft aus Wirtschaften, die von jeher hohen Wert auf Milchverkauf gelegt haben und so auf Milcherzeugung eingeteilt sind. Der Markt findet in der geräumigen Markthalle mit großem Vorplatz statt.

# Was muss jeder von Haus Bergmann Klasse 4 wissen?

Haus Bergmann Klasse ist ein Meisterstück der deutschen Zigarettenindustrie. In eingehender Arbeit haben die Tabak-Sachverständigen unseres Hauses eine für diesen Preis noch nie dagewesene Zigarette hochwertiger Qualität geschaffen, die alle Raucherkreise zufriedenstellen wird.

5 Stück nur 20 $\frac{1}{2}$  bedeutet für uns: Preisabbau und Qualitätsaufwertung!

Verlangen Sie noch heute in Ihrem Zigarrengeschäft

Haus Bergmann Klasse 4 DIE Zigarette für Dich und für mich

In jeder Packung Haus Bergmann »Klasse« liegen: Bergmanns Bunte Bilder von Walter Trier und Seidenstickereien nach Entwürfen von Prof. Poetter



Haus Bergmann, Zigarettenfabrik A-G, Dresden

**Kurze Nachrichten aus Baden**

23. Mannheim, 23. April. Anlässlich der 38. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft vom 31. Mai bis 5. Juni 1932 finden in Mannheim jeweils am Samstag, den 4. Juni, nachm. 15 Uhr, und Sonntag, den 5. Juni, vorm. 11.30 Uhr, zwei große Trachtenzüge statt. Aus allen Teilen Badens, sowie aus Württemberg, Hessen und aus der Pfalz werden Volks- und Gebirgstrachtentäger zu diesen Veranstaltungen nach Mannheim kommen.

23. Forstheim, 22. April. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, in Forstheim wieder eine Falschmünzwerkstätte auszuheben. Sie wurde von einem 29 Jahre alten Kunst- und Feingießer betrieben, der in der Hauptsache Fünfmarkstücke fabrizierte. Die Falschstücke wurden von zwei auswärtigen Leuten abgeholt. Alle drei konnten gefasst werden.

\* Bruchsal, 23. April. Das Programm für den morgigen Sommertagszug in Bruchsal (nachm. 4 1/2 Uhr), verspricht wieder eine glänzende Veranstaltung. Mehrere Tausend Kinder beteiligen sich mit ihren Sommertagssteden, Frühlingswagen, gezielte Kinderwägelchen, Trommler- und Pfeifergarde, Klappertübeln sind zwischen den Reihen der Sommertagssteden tragenden Kinder eingeteilt. Im Ehrenhof des Bruchsaler Schlosses erhalten alle Kinder die fehmlich erwarteten mürben Brezeln. Die Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr (Berlin) entsendet einen Filmoperateur zum Bruchsaler Sommertagszug, auch der Scherl-Verlag (Berlin) hat seinen Bildberichterstatler zur Reise nach Bruchsal beauftragt. Dies sind Zeichen für die Bedeutung des historischen Bruchsaler Sommertagszuges, dieses einzigartigen Kinderfestes.

23. Offenburg, 22. April. Der Vorstand des Kulturbauamtes Offenburg, Oberregierungsbaumeister Karl Althaus, ist am

Mittwochabend in Heidelberg-Speyererhof nach schwerer Krankheit gestorben. Althaus wurde 1877 in Neuhagen bei Bonndorf geboren. Er war zunächst im Elßah tätig und getriet 1914 bei der zweiten Besetzung von Wülshausen durch die Franzosen als Zivilgefangener in französische Gefangenschaft. Erst 1918 wurde er im Austauschwege wieder freigegeben. 1920 trat er in den badischen Staatsdienst über und wurde 1922 Leiter des Kulturbauamtes Offenburg.

23. Offenburg, 22. April. Das Offenburger Schwurgericht fällt am Freitagabend im Prozeß wegen des Revolveranschlags auf den Direktor der Sparkasse Lahr nach zweitägiger Verhandlung folgendes Urteil: Der angeklagte Kaufmann Kohler aus Freisenheim, wird wegen versuchten Totschlags zu einer Strafe von zwei Jahren neun Monaten Gefängnis und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Acht Monate Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet.

**Staatsanzeiger  
Personeller Teil**

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Rechnungshofs

Ernannt:

Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Paul Arnsparger beim Verwaltungsgerichtshof, Oberregierungsrat Theodor Gaunter bei der Wasser- und Straßenbaudirektion, zu stellvertretenden Mitgliedern des Rechnungshofs für den Haushaltszeitraum 1932 und 1933.

**Badisches Landesbheater Karlsruhe**  
Spielplan vom 26. April bis 1. Mai.

Im Landesbheater:

Dienstag, 26. April. \* C 24. Th.-Gem. II. S.-Gr. Der 18. Oktober. Schauspiel von Walter Erich Schäfer. 20-22. (4,20.)

Mittwoch, 27. April. 8. Sinfonie-Konzert. Dirigent: Richard Strauß. Solist: Edwin Fischer (Klavier). 20 bis gegen 22. (4,50.)

Donnerstag, 28. April. Wallenstein. Von Schiller. 19.30 bis 23.30 (4,20.)

Freitag, 29. April. \* F 27 (Freitagmiete). Th.-Gem. \*101 bis 1200. Sommer von einh. Operette von Rajtai. 20 bis gegen 22.30. (4,20.)

Samstag, 30. April. \* E 24. Th.-Gem. 1851-1400. Neu einstudiert: Boccaccio. Komische Oper von Suppé. 20 bis gegen 23 (5,70.)

Sonntag, 1. Mai. Morgenfeier „Wilhelm Busch“. 11.15 bis 12.30 (0,50-1,00.)

Nachmittags: 12. Vorst. der Sondermiete für Auswärtige: Tosca. Von Puccini. 15.15-17.30. (3,50.)

Abends: \* B 25. Th.-Gem. I. S.-Gr. Der fliegende Holländer. Von Wagner. 20-22.30. (6,30.)

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 1. Mai. \* Zur goldenen Liebe. Operette von Benachy. 19.30-22.15. (2,60.)

Auswärtiges Gastspiel:

Freitag, 29. April. In Straßburg: Der Widerspenstigen Zähmung.

Der größte Circus Europa's

# KRONE

Karlsruhe  
22.-26. April

**VORSTELLUNGEN:**

Freitag: abends 7.30 Uhr  
Samstag: nachmittags 3 Uhr und abends 7.30 Uhr  
Sonntag: nachmittags 3 Uhr und abends 7.30 Uhr  
Montag: nachmittags 3 Uhr und abends 7.30 Uhr  
Dienstag: nachmittags 3 Uhr

**Tierpark Über 800 Tiere**  
Täglich durchgehend von 9-19 Uhr offen  
Raubtierfütterung 11 Uhr

Erwerbslose in allen Nachmittags-Vorstellungen und zum Tierpark halbe Preise 2.828

**PORPHYRWERK  
DOSENHEIM**  
HANDVATER  
DOSENHEIM 26 BECKHE

Wulfenau-Straße 11, Offenburg

**STRASSENBAU-  
MATERIAL**



**Badisches Landesbheater**

Sonntag, den 24. April 1932

Nachmittags

Zu kleinen Preisen

**Im weißen Röhl**

Singspiel von Benachy

Dirigent: Schwarz

Spielleitung: Herz

Mitwirkende:

Vertram, Genter, Seiberlich,

Seiling, Müllich, Brand,

Ernst, Gemmede, J. Gröt-

zinger, Höder, Kalnbach,

Kloebke, Luther, Meßner,

R. Müller, Prüter, Höger,

G. Gröbinger, Jung, Kilian,

Kleinbusch, Rühr, Lindemann,

Meiner, S. Müller, Nagel,

Sonntag, Schmitt

Anfang 15 Ende 18

Preise B (0,70-4,20 RM)

Abends

\* E 23. Th.-Gem. 1301-1350

**Hoffmanns Erzählungen**

Von Offenbach

Dirigent: Krips

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:

Blant, Haberhorn, Winter,

J. Gröbinger, Hopf,

Kalnbach, Kiefer, Köfer,

Reinwig, Derner

Anfang 20. Ende nach 22 1/2

Preise E (1-6,30 RM)

Montag, den 25. April 1932

Volkshöhle: Aprilvorstellg.

**Wallenstein**

Die Piccolomini - Wallen-

steins Tod

Von Schiller

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:

Vertram, Ermarth, Frauen-

dorfer, Seiling, Waumbach,

Brand, Dahlen, Ernst,

Gemmede, Herz, Höder, Höder,

Hopf, Kiencher, Kuhn,

Luther, Meßner, R. Müller,

Prüter, Schulze, v. d. Kreuz,

Grimm, Seibert, Linde-

mann, Schöthaler

Anfang 19 1/2 Ende 23 1/2

Preise B (0,70-4,20 RM)

Der IV. Rang ist für den

allgem. Verkauf freigegeben

Die 26. 4. Der 18. Oktober-

Fr. 27. 4. VIII. Sinfonie-

Konzert. Do. 28. 4. Wallen-

stein. Fr. 29. 4. Sommer

von einh. Sa. 30. 4. Neu

einstudiert: Boccaccio.

So. 1. 5. Morgenfeier „Wil-

helm Busch“. Nachmittags:

Tosca. Abends: Der flie-

gende Holländer. Im Kon-

zerthaus: Zur goldenen Liebe.

**17. Offenburger Zentralzuchtviehmarkt**  
Zuchtvieh-Ausstellung

am Dienstag, den 10. Mai 1932 in Offen-  
burg. Marktbeginn 10 Uhr vormittags.  
Prämierung am Tage vorher.

**Mittelbadischer Fleckviehzuchtverband**

**Lieferung  
von Straßenschotter.**

Das Wasser- und Straßen-  
bauamt Karlsruhe vergibt  
die Lieferung und Befuhr  
von ca. 400 cbm Porphy-  
r- und 2200 cbm feinkies.  
Angebotsbordrude sind von  
uns zu beziehen. Eröff-  
nungstermin für die Liefe-  
rung 4. Mai, für die Befuhr  
6. Mai d. J., vorm. 10 Uhr.  
Zuschlagsfrist 4 Wochen.  
Karlsruhe, 22. April 1932.

**Inferieren bringt Gewinn**

**Öffentl. (Städt.) Sparkasse Furtwangen**

Bilanz per 31. Dezember 1931

Activa	RM	Passiva	RM
Kasse	5 332,-	Spareinlagen	1 435 591,13
Girozentralen	33 254,41	Giroeinzahlen	134 226,18
Reichsbank	4 045,63	Kontoforrenteinlagen	703,64
Postspark	4 327,77	Anlehenskapitalien	9 773,20
Privatebanken	3 375,-	Aufw.-Delt. Konto	1 834,30
Bezahl.-Diskonten	50 968,48	Gefehl. Rücklage	7 580,39
Zinssajo	1 403,60	Gebäuderücklage	5 000,-
Kontoforrentkonto	179 688,02	Gewinnrücklage	1 000,-
Eigene Wertpapiere	59 997,50	Reingewinn i. J. 1932	12 981,31
Hypothekendarlehen	905 773,76		
Gemeinbedarfen	161 891,70		
Einlage beim Verband	33 300,-		
Lombarddarlehen	2 400,-		
Bürgschaftsdarlehen	85 262,11		
Einnahmerückstände	41 994,70		
Grundstücke und Gebäude	96 735,36		
Gerätschaften	1 000,-		
Girauüberziehungen	8 269,72		
Betriebskosten	470,39		
	1 679 690,15		1 679 690,15

**Gewinn- und Verlustrechnung**

Soll	RM	Haben	RM
Bezahlte Zinsen	79 165,71	Eingenommene Zinsen	116 396,08
Grundstücke	332,44	Mieten	3 456,-
Persönlicher Aufwand	17 507,07	Gebühren und sonstige Ein-	
Sachlicher Aufwand	7 184,44	nahmen	7 360,94
Abscr. an Gebäuden	2 000,-		
Abscr. an Gerätschaften	906,-		
Wertpapier-Kurs-Verluste	1 136,-		
Gebäude- und	5 000,-		
Gerätschaftsrücklage	1 000,-		
Reingewinn 1931	12 981,31		
	127 212,97		127 212,97

Laut Satzung soll die gesetzliche Rücklage betragen:

5% aus 1 570 520,95 RM Einlagen = 78 526,- RM

Auf Ende des Vorjahres betrug die gesetzl. Rücklage 68 252,12 RM

Zuführung vom Aufw.-Abrechnungskonto = 10 328,27 RM

Hiermit beträgt die gesetzliche Rücklage auf Ende 1931 = 78 580,39 RM

Der Reingewinn von 12 981,31 RM wird der Sonderrücklage der

bürgernden Gemeinde zugeführt.

Furtwangen, den 26. Februar 1932.

Der Verwaltungsrat:

gez. W. i. d., Bürgermitr.

Der Geschäftsführer:

gez. Schwarz

**Städtische Sparkasse Schwellingen**  
Öffentliche Spar- und Kreditanstalt

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	20 295,71	1. Spareinlagen	7 130 056,81
2. Sorten	69,95	2. Giro- und Kontoforrent-	
3. Guthaben bei Banken,		einlagen	257 496,50
Girozentralen u. Post-		3. Bankverpflichtungen	18 890,-
scheidamt	722 327,47	4. Rücklagen	340 000,-
4. Wechsel	39 632,33	5. Sonderrücklage für zweif-	
5. Wertpapiere	221 764,25	elhafte Aufwertungsfor-	
6. Kontoforrentforderung	976 236,-	derungen	111 932,15
7. Darlehen a. Schuldschein	382 614,76	6. Reingewinn	47 040,23
8. Darleh. geg. Faustpfand	374,-		
9. Darlehen a. Gemeinden	1 035 961,10		
10. Grundstücksaufgelde	46 554,95		
11. Darlehen a. Hypotheken	4 340 491,75		
12. Vorhülfe	1 273,15		
13. Rückstandszinsen	76 357,98		
14. Verwaltungsgedäude	1,-		
15. Sonstige Gebäude und			
Grundstücke	61 460,29		
16. Gerätschaften	1,-		
	7 995 415,69		7 995 415,69

**Berechnung der Rücklage**

Die satzungsmäßige Rücklage hat zu betragen:

8% aus 7 387 553,31 RM Gesamtanleiheguthaben = 591 004,24 RM

Unter Zuweisung des Reingewinns für 1931 mit

47 040,23 RM errechnet sich die ordentl. Rücklage auf

377 040,23 RM

Fehlbetrag an der satzungsmäßigen Rücklage = 213 964,01 RM

Außerdem bestehen Sonderrücklagen:

1. Für Kursverluste usw. = 10 000,- RM

2. Für zweifelhafte Aufwertungsfordernngen = 111 932,15 RM

Sa. = 121 932,15 RM

Schwellingen, den 18. Januar 1932.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:

Dr. Krautmann, Bürgermeister.

R. 905

Der Geschäftsführer:

Wager, Direktor.

Druck G. Braun, Karlsruhe